

Kurzreferat Theoretische Konferenz 21.02.2015

Die kommunistische Partei heute – Zwischen revolutionärer Flaute, spontanen „neuen Massenbewegungen“, neuen Chancen und politischer Irrelevanz

Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender der DKP Saarland

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich zu Beginn ein paar Grundüberlegungen zu diesem Themenkomplex darstellen.

1) Wir sind gefordert, Antworten für die DKP in ihrer momentanen Verfasstheit zu finden und nicht für eine nicht vorhandene breit verankerte flächendeckend organisierte kommunistische Partei. Wir müssen mit einer Situation klar kommen, in der viele Genossinnen und Genossen kaum noch kollektiv verankert sind, die von schwächer werdenden Grundorganisationen und Leitungen geprägt ist. Überlagert wird diese organisatorische Schwäche von einer politisch-inhaltlichen. Wir laufen Gefahr als theoretisierende Bedenkenträger und Besserwisser wahrgenommen zu werden. Dies hat fatale Auswirkungen auf diejenigen, die schon jetzt starke Zweifel an einer Zukunftsfähigkeit der DKP haben und wirkt gelinde gesagt nicht einladend auf unser Umfeld.

In der Gesamtschau verstärkt sich die Krise unserer Partei durch eine dem Parteiprogramm widersprechende Verengung unseres politischen Profils. Die Mehrheit in der Parteiführung setzt immer wieder auf die engste Variante politischer Aussagen. Jüngstes Beispiel ist die Forderung nach einer antimilitaristischen Friedensbewegung in einer Zeit, in der doch angesichts der Bedrohungen die Anforderung sein muss, eine breit getragene Anti-Kriegsbewegung zu entwickeln. All dies verstärkt die Rückzugstendenzen bei vielen Genossinnen und Genossen. Wir entwickeln durch eine solche Herangehensweise keine politische Attraktivität in unser Umfeld hinein sondern isolieren uns.

2) Neben der eigenen Verfasstheit verändert sich die Rolle einer KP aufgrund verschiedener Parameter:

- a) aufgrund der gesellschaftlichen Situation/ der Entwicklung der Widersprüche/dem Niveau der Klassenkämpfe
- b) der Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterklasse
- c) den Anforderungen der arbeitenden Menschen an ihre eigenen Organisationen

Was kann und was muss die DKP also heute leisten?

Die DKP kann trotz ihrer geringen Organisationskraft eine wichtige Rolle für die aktuellen Klassenauseinandersetzungen spielen. Ihre Funktion hat dabei weniger organisierenden als vielmehr Impulse gebenden Charakter. Sie kann attraktiv sein durch ein hohes Niveau der Politikentwicklung, wenn es gelingt, ausgehend von einer Analyse der heutigen gesellschaftlichen Situation eine - in einer gemeinsamen Debatte entwickelte - Politik in die Auseinandersetzungen einzubringen. Um wirksam zu werden, braucht die DKP ein gut entwickeltes Umfeld und Partnerinnen und Partner für ihre Politik. Hierzu zählen insbesondere Bewegungen und Bündnisse. Dabei müssen wir den Zusammenhang beachten zwischen der Weiterentwicklung der Bewegungen und der eigenen

Stärkung. Nur eine stärkere DKP kann die wachsenden Anforderungen in den Bewegungen auch in Zukunft meistern. Es geht also nicht um das Aufgehen in Bündnissen sondern darum zu begreifen, dass Bündnisse zu entscheidenden Bewegungsformen im Klassenkampf werden können. Dies wiederum setzt voraus, dass Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und gemeinsamer Kampf und gemeinsames Lernen in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden.

Auf zentraler Ebene findet stattdessen eine schleichende Entpolitisierung der DKP durch den Abschied von einer attraktiven Politikentwicklung statt. Das Konzept eines zu erkämpfenden Politikwechsels, von breiten gesellschaftlichen Allianzen wird ersetzt durch eine verengte Bündnispolitik z. B. die nach einer antimonopolistische Bewegung und durch platte Losungen. Am Ende bleibt nur der Kampf ums Teewasser also Interessenvertretung und die Sozialismuspropaganda. Dazwischen gibt es nichts mehr, worauf sich die Entwicklung einer ausstrahlenden Politik der DKP gründen könnte.

Ein drastischer Beleg für diese Zustandsbeschreibung ist das Versagen in Zusammenhang mit den Entwicklungen in Griechenland. Seit Wochen ist der Umgang mit dem Regierungswechsel in Griechenland von Besserwisseri, Notenvergeben und einer regelrechten Anti-Syriza-Phobie geprägt, leider auch in der uz.

Tatsache ist doch, dass die Parteien, die Griechenland im Dienst des großen Kapitals regiert haben und zusammen mit der EU verantwortlich sind für die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Desasters, eine Niederlage erlitten haben. Dieses Wahlergebnis ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis von Widerstand und inhaltlicher Auseinandersetzung mit der Politik der Herrschenden. Das war doch ein vielseitiger erfolgreicher Prozess. Bei den Wahlen kamen die tiefe Unzufriedenheit und der Wille zu politischer Veränderung des griechischen Volkes zum Ausdruck. Es will ein besseres Leben! Stellen wir uns vor, bei uns gäbe es eine ähnliche Entwicklung! Ist das nicht – trotz aller Widersprüche, ja, wie denn sonst - genau die Chance auf einen Politikwechsel, der bis zum letzten Parteitag unsere Aussagen zur kurzfristigen Strategie und Taktik der DKP bestimmt haben?

Ist es nicht unsere Aufgabe auch mit einer kämpferischen und die eigentlichen Gegner ins Visier nehmenden Politik zu helfen, Druck von der Regierung in Griechenland zu nehmen um deren Spielräume, auch zur Realisierung von Wahlversprechen, zu erweitern?

Ist es nicht dringend erforderlich und überfällig, dass der Parteivorstand der DKP entsprechende politische Forderungen an die Bundesregierung, an die etablierten Parteien und Parlamente entwickelt?

Wäre dies einer kommunistischen Partei nicht angemessener als fortlaufend einen stattfindenden oder bevorstehenden „Verrat“ von Syriza zu diagnostizieren und in die politische Agitation zu bringen? Dies ist nichts anderes als die Verweigerung der antiimperialistischen Solidarität und führt in die politische Sackgasse!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Lebenssituation in den südeuropäischen Ländern ist nicht mit denen bei uns vergleichbar und doch leiden wir unter der gleichen Politik. Wir versuchen derzeit als Bezirksorganisation aus der Sicht und unter den Bedingungen unseres Bundeslandes im Saarland Antworten auf die Herausforderungen der Austeritätspolitik zu entwickeln, setzen auf eine eigene Kampagne und versuchen, bei der Entstehung neuer Bündnisse zu helfen.

Aus unserer Sicht, der der DKP Saarland, hilft angesichts der fatalen Auswirkungen der kapitalistischen Krise nur ein radikaler Politikwechsel. Es geht uns jetzt um die Bündelung der Kräfte, die sich im Widerspruch zu der neoliberalen Politik befinden und nach Lösungen suchen. Das heißt jetzt: Die Entwicklung des vernetzten und gemeinsamen Widerstandes, die Schaffung von trag- und handlungsfähigen Mehrheiten auf der Basis überzeugender inhaltlicher Alternativen.

Die entsprechende Passage im Parteiprogramm der DKP 2006 lautet:

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“

Dem gegenüber steht das, was Patrik auf der 7. PV-Tagung zur Bündnispolitik ausführte: „Dabei ist immer zu beachten, dass wir Bündnisse eingehen, um etwas zu erreichen UND um die Positionen von Bündnispartnern zu verändern oder sie auch als Partner für die proletarische Revolution, den sozialistischen Aufbau zu gewinnen...“

Wo leben wir denn?

Diese Art von Bündnispolitik würde doch mit Recht Instrumentalisierung genannt und wir verstärken unsere Isolation! Bleibt nur zu hoffen, dass unsere Bündnispartner dieses Referat nicht lesen und uns nicht vorhalten! Was für eine Diskrepanz zu den Ausführungen im Parteiprogramm:

„Die Existenz einer breiten Schicht von ausgebeuteten und Ausgegrenzten eröffnet die Möglichkeit und die Notwendigkeit, alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialen Projekt zusammenzuführen, sie als Gesamtheit in ihrer Vielfalt und Autonomie zu vereinen.“ Soweit das Programm.

Wir bemühen uns in unserem Bezirk auf dem Boden des gültigen Parteiprogramms zu arbeiten, es kreativ unter unseren Bedingungen anzuwenden und umzusetzen.

Kommunistinnen und Kommunisten sind Teil dieser Bewegungen, haben nicht den Anspruch zu dominieren oder zu steuern. Menschen werden für ihre eigenen Interessen in Bewegungen aktiv, dies gilt auch für uns Kommunistinnen und Kommunisten. Dabei entwickeln sie sich weiter – durch die Erfahrung mit der Staatsmacht, den Medien und anderen Organisationen. Als Partnerin in diesen Kämpfen bringen wir uns nach den eigenen Möglichkeiten aktiv in die Auseinandersetzungen ein, wir betonen das Primat von außerparlamentarischen Aktionen gegenüber der parlamentarischen Arbeit. Eine wissenschaftliche Weltanschauung als Analyseinstrument und Leitschnur für die eigene Tätigkeit bringen wir mit. Auf dieser Grundlage werben wir für unsere Politik und für neue Mitstreiter/innen, wirken für die Verbreitung von sozialistischem Klassenbewusstsein. Neben dem offenen Auftreten als Kommunistinnen und Kommunisten kommt es vor allem darauf an, ob wir als konstruktiver inhaltlich interessanter Gesprächs- und Kampfpartner wahrgenommen werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die Politisierung von Bewegungen ist die aktive Rolle von linken Kräften und ihre Zusammenarbeit. Kaum etwas lähmt Bewegungen mehr als Profilierungskämpfe oder Abgrenzungen unter den Beteiligten. Dabei geht es nicht um das Ausblenden von Unterschieden in Programmatik oder Politik, sondern um den Vorrang des gemeinsamen Kampfes bei weiter bestehenden Differenzen, die solidarisch diskutiert werden müssen.

Die besondere Rolle, das Spezifische einer kommunistischen Partei in Bewegungen, ergibt sich zum einen in der Hervorhebung der Eigentumsfrage als Grundfrage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, zum anderen in unserer Position zur Rolle der Arbeiterklasse in diesen Auseinandersetzungen, in der Notwendigkeit, den tagespolitischen Kampf mit dem Kampf um eine sozialistische Zukunft zu verbinden. Im Unterschied zu vielen anderen Bündnispartnern sehen wir in der Arbeiterklasse aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung zu den Produktionsmitteln und der potenziellen Kraft der arbeitenden Menschen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die entscheidende Kraft für gesellschaftliche Veränderungen. Dabei sind wir weit davon entfernt, den momentanen Zustand dieser Bewegung - etwa ihre mehrheitlich sozialpartnerschaftliche Orientierung - schön zu reden. Wir sind aber davon überzeugt, dass gerade die Arbeiterklasse in Deutschland stärker in Bewegung für ihre eigenen Interessen kommen muss, damit die politischen Kräfteverhältnisse in Richtung einer fortschrittlichen Entwicklung verändert werden können. Deshalb wirken wir für eine Politisierung gewerkschaftlicher Kämpfe, für ein stärkeres Zusammengehen von Gewerkschaften mit anderen Bewegungen und Initiativen, für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung, die gesellschaftliche Alternativen entwickelt und diese gemeinsam mit anderen Kräften durchsetzen will. Die Forderungen nach guter Arbeit, gutem Lohn und gutem Leben und die Aktion Revolution Bildung, die Bündnisse gegen TTIP oder gegen die Kaputtsparpolitik im Saarland sind Ansatzpunkte, die über die Veränderung der unmittelbaren sozialen Situation den Blick für notwendige gesellschaftliche Veränderungen öffnen können.

Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten ist es, in Betrieben und Gewerkschaften, in der Kommune, in sozialen Bewegungen aktiv Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Kriegspolitik nach außen und Militarisierung der Gesellschaft im Inneren mit zu entwickeln.

Unsere Hauptgegner bleiben unverändert diejenigen, die die Macht im Betrieb, in der Gesellschaft und in weiten Teilen der Welt haben. Das Kapital und seine Statthalter, die Herren in unserem Land und der Welt, besetzen die Köpfe der Menschen! Wir wollen zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften Bewusstsein schaffen. Im aktiven Eintreten für die eigenen Interessen lernen die Menschen ihren Gegner kennen. Dies ist der beste Weg, um konsequent für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzutreten.

Für einen längeren Zeitraum werden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen von der Abwehr sozialer Angriffe auf die Menschen geprägt sein. Dies ist Ausdruck des aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

Gleichzeitig machen wir in diesen Auseinandersetzungen die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen deutlich. Wir entwickeln zusammen mit denen, die in Bewegung kommen und dazu bereit sind, eine Vorstellung, wie eine neue, eine andere, eine sozialistische Gesellschaft aussehen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die DKP ist als Bundespartei existentiell bedroht. Die Zahl der Mitglieder geht ständig zurück, die Überalterung schreitet voran. Die Strukturen werden oft nur noch vorgehalten, ohne dass dort real politisch gearbeitet werden kann. Nur ein Teil der Gruppen führt regelmäßige Gruppenabende durch, Betriebs-, Kommunal- und Landespolitik kann nur begrenzt entwickelt werden. Zwar ist die Lage unterschiedlich, aber die Haupttendenzen entwickeln sich negativ.

In dieser Situation Auswege zu finden und zu gehen erfordert ein hohes Maß an Solidarität, innerparteilicher Demokratie und der Bereitschaft zum selbstlosen Engagement!

Die DKP kann dann attraktiv werden, wenn sie sich vor Ort stärker in die politischen Auseinandersetzungen einbringt. Hierzu bedarf es vor allem einer politischen Stärkung der Grundorganisationen sowie der Genossinnen und Genossen, die in ihrem politischen Umfeld arbeiten, um ihr aktives Eingreifen zu sichern.

Die Menschen spüren sehr deutlich, ob wir mit eigenen selbst entwickelten Aussagen und Forderungen zu aktuellen Fragen auftreten oder pauschale vereinfachende „Wahrheiten“ ohne Bezug zu den sie bewegenden Fragen in Betrieb und Gewerkschaft, in den Kommunen, Regionen und Bündnissen verkünden. Deshalb müssen die Grundorganisationen der DKP, die Genossinnen und Genossen in ihrem jeweiligen politischen Tätigkeitsfeld, sich wieder stärker dazu befähigen, eigenständig Politik zu entwickeln und einzugreifen. Voraussetzung dazu ist eine stärkere Vermittlung der Kernbestandteile unseres Parteiprogramms.

Die DKP kämpft nicht nur um das Teewasser und die Revolution, sie hat eine Strategie, die aktuell den Kampf für einen Politikwechsel und die Bildung von strategischen Allianzen gegen neoliberale Politik in den Mittelpunkt rückt. Genossinnen und Genossen erarbeiten sich in Grundorganisationen gemeinsame Positionen zu den Fragen, die den Menschen vor Ort auf den Nägeln brennen. Diese sollen dann sowohl in den Aktionen der Gruppen als auch im eigenständigen Auftreten in Betrieb, Gewerkschaft, Bündnis, in der Schule oder der Stadtteilarbeit vertreten werden.

Die politische Stärkung der Gruppenarbeit ist nicht durch Kampagnen von oben oder im Sinne eines Durchorganisierens der Partei zu erreichen. Selbständige Politikerarbeit auf der Grundlage des Parteiprogramms erfordert die politische Qualifizierung der Mitglieder. Parteiweite Kampagnen benötigen eine breite Diskussion in der gesamten Partei und die Überzeugung der aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort, um Wirkung zu erzielen. Die konkrete Politik muss demokratisch vor Ort entwickelt werden.

Gerade in nicht-revolutionären Zeiten mit großen Veränderungen, sich zuspitzenden Krisen und permanenten Kriegen ist es in einer kommunistischen Partei erforderlich, ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie und Debattenkultur, an Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik zu verwirklichen. Nur dann können neue Entwicklungen inhaltlich durchdrungen und Schlussfolgerungen für Programmatik und Politik gezogen werden. Die demokratische Erarbeitung von politischen Standpunkten und die anschließende demokratische Beschlussfassung auf der Grundlage gemeinsamer Positionen sind Voraussetzung für kollektive Umsetzung. Kontroverse Themen müssen in der Partei weiter diskutiert werden können. Dies steht nicht im Widerspruch zur gemeinsamen Aktion auf Grundlage beschlossener Positionen.

Die besondere Bedeutung der Grundorganisationen als politikentwickelnde Einheiten und die Vorbereitung von politischen Initiativen der gesamten Partei durch eine breite Diskussion sind

wichtige Lehren aus einem überzentralisierten Parteiverständnis des letzten Jahrhunderts. Genossinnen und Genossen bringen sich als überzeugte Kommunistinnen und Kommunisten eigenständig, mit ihrer eigenen Persönlichkeit in die Kämpfe ihrer Zeit ein und erwarten ein Höchstmaß an Einflussmöglichkeiten auf die Politik der DKP und demokratischer Beteiligung als Grundlage für das gemeinsame Handeln. Die Bereitschaft, sich dauerhaft in einer Partei zu organisieren, ist in der heutigen Gesellschaft stark rückläufig. Das Engagement fußt gerade bei jungen Menschen eher auf der Attraktivität von Projekten und Initiativen als auf der einer Programmatik. Die DKP muss sich diesen Veränderungen stellen und neue Möglichkeiten der Mitarbeit in der DKP entwickeln.

Die Zerrissenheit der DKP ist nicht zu überwinden durch die Verweigerung der gemeinsamen Debatte. Wenn die DKP die momentane Krise überstehen soll, dann brauchen wir Bewegungsformen, die zentrale Umsetzung der entwickelten Politik gewährleistet, ohne diejenigen aus der Partei hinauszudrängen, die Teile dieser Politik nicht mittragen können. Das kann nur so, wie es das Statut vorgibt, nach den folgenden drei Grundprinzipien funktionieren: Breit geführte Debatte, keine Behinderung der Umsetzung von Mehrheitsbeschlüssen, kein Zwang, gegen die eigene Überzeugung handeln zu müssen. Bestes Beispiel für dieses Prinzip ist die heutige Konferenz selbst. Der Charakter dieser Konferenz als Versuch des streitbaren Dialogs war ja auch im Parteivorstand umstritten, ein Lernprozess. Man kann ihn wohl so zusammenfassen: Alle Versuche, einen Bruch in der Partei herbeizuführen, der einen Teil dieser Partei aus derselben hinausdrängt, riskieren den Zusammenbruch der DKP. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis in allen Teilen der Partei durchsetzt. Die Forderung nach Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit der marxistischen Linken oder das Verbot des Infostands auf dem Pressefest ist kein Zeichen von Stärke sondern von Isolation und inhaltlicher Abschottung.

Mit dem Parteiprogramm von 2006 hat die DKP nicht nur wichtige Schlussfolgerungen aus dem Zusammenbruch und der Zerschlagung des Sozialismus in Europa gezogen. Sie hat sich auch ein schlüssiges Konzept, einen programmatischen Kompass auf dem Weg zu einem neuen Ausbruch aus dem Kapitalismus, zu einer sozialistischen Gesellschaft erarbeitet. Dieser Kompass droht verloren zu gehen und damit die Einzigartigkeit unserer Partei.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit! Glück auf!